SOZIALPOLITIK



Vorwort

Der demografische Wandel mit all seinen Auswirkungen hat einen starken Einfluss auf die Schwerpunktarbeit des Arbeitskreises Soziales und Gesellschaftlicher Zusammenhalt (AK III). Sei es der Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen, das über Jahre ausgedünnte Netz an sozialen Einrichtungen oder die mittlerweile eingetretene medizinische Unterversorgung.

Die Schließung vieler Kliniken oder einzelner Stationen führt zu einem Versorgungsdefizit und verschlechtert die Erreichbarkeit medizinischer Angebote. Viele soziale Angebote können nur noch durch ehrenamtliches Engagement aufrechterhalten werden. Auch die Familien stehen durch die Erziehung und Betreuung der Kinder oder die Pflege der Eltern neben der Berufstätigkeit hohen Herausforderungen gegenüber. Sie haben daher unsere besondere Unterstützung verdient.

Der Alltag vieler Sachsen ist zudem von finanziellen Sorgen geprägt. Pflegeheime werden immer teurer, und daher sind immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen. Die Armutsgefährdung von Mehrkinderfamilien wird aufgrund zu kurz greifender Familienförderungsmaßnahmen nicht gemildert; vielen bleibt durch prekäre Beschäftigung oder Minirenten trotz jahrelanger Arbeit nicht genug zum Leben.

Daher stehen wir für eine zukunftsfeste und bürgerfreundliche Familien-, Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik im Freistaat Sachsen. Wir wollen eine zielgenaue Unterstützung Bedürftiger, die stärkere Anerkennung von Lebens- und Arbeitsleistungen sowie der Leistung für die Gesellschaft, eine stärkere Förderung von Familien mit Kindern und die Aufrechterhaltung einer angemessenen Gesundheits- und Sozialstruktur in allen Regionen Sachsens.

Nachfolgend sind unsere wichtigsten Handlungsbereiche und Ansatzpunkte dargestellt.

1. Starke Familien für Sachsens Zukunft!

Die traditionelle Familie ist ein Erfolgsmodell! Sie stellt nicht nur einen wichtigen Schutzraum für das geborgene Aufwachsen von Kindern dar, sondern bildet darüber hinaus auch die Grundlage unseres Staates und unserer Gesellschaft. Nur durch Familien mit Kindern kann die Zukunft Sachsens erfolgreich gestaltet und Erreichtes bewahrt werden. Wir nehmen die Sächsische Verfassung und die darin verbrieften Wertevorstellungen ernst.

Der Grundsatz unserer Familienpolitik geht aus Artikel 22 SächsVerf hervor, in dem es heißt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Landes. Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder für Hilfsbedürftige sorgt, verdient Förderung und Entlastung."

Familien verdienen Förderung und Unterstützung

Wir werden die strukturelle Benachteiligung von Familien in unserer Gesellschaft beseitigen. Der Lebensentwurf Familie soll in der Öffentlichkeit, vor allem auch in der Schulbildung, wieder positiv dargestellt werden – so wie es auch der gelebten Wirklichkeit entspricht.
Wir wollen, dass die Leistungen, die Eltern für die Gesellschaft erbringen, stärker gewürdigt werden. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder!

- Senkung der Steuer- und Abgabenlast von Familien mit Kindern
- Zielgenaue Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern zur Schaffung von Wohnraum, zur Minderung der kinderbedingten Ausgaben und Sicherung der Teilhabe an kulturellen oder sportlichen Freizeitangeboten
- Stärkere finanzielle Anerkennung des „generativen Beitrages" der Eltern für das Gleichgewicht der Sozialversicherungssysteme
- 5.000 Euro Begrüßungsgeld für neugeborene Kinder
- Bis auf einen geringen Eigenanteil sachsenweit kostenlose Beförderung von Schülern und Freiwilligendienstleistenden im öffentlichen Nahverkehr

An erster Stelle steht das Kindeswohl

Die Sicherung des Kindeswohls muss auch für ungeborene Kind gelten. Daher treten wir einer Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden entgegen und wollen Schwangeren in Krisensituationen die Hilfe zukommen lassen, die sie brauchen.

Wir wollen das Recht von Kindern auf Mutter und Vater gewährleisten. Hierzu gehört auch, Freiräume für die Zeit von Eltern mit ihren Kindern zu schaffen und auch den Eltern, welche die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder in den ersten Jahren selbst übernehmen wollen, diese Möglichkeit zu eröffnen. So wollen wir das Gleichgewicht zwischen der staatlichen Förderung von Kindertageseinrichtungen und häuslicher Betreuung gewährleisten.

Zuwendung, Aufmerksamkeit und Geborgenheit in den ersten drei Lebensjahren durch die Mutter als Bezugsperson bilden die Basis für ein glückliches Aufwachsen und die Entwicklung



einer stabilen Persönlichkeit. Dies ist durch zahlreiche Studien wissenschaftlich belegt. Wir wollen es Müttern ermöglichen, in dieser für die kindliche Entwicklung so wichtigen Zeit für ihren Nachwuchs da zu sein.

- Ausbau des Landeserziehungsgeldes zur Lohnersatzleistung (67 Prozent ihres bisherigen Einkommens, mind. 750 €, max. 1.500 € monatlich) und Ausweitung der Bezugs dauer bis zum 3. Lebensjahr des Kindes
- Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Ausbau der Familienhilfe und Unterstützungsangebote für Familien in Krisensituationen
- Sicherung eines flächendeckenden und ausreichend ausgestatteten Angebotes



Familienpolitische Initiativen der AfD-Fraktion:

- Umbau des Landeserziehungsgeldes zur Lohnersatzleistung (Drs. 6/17637 und Drs. 7/6566)
- Neuausrichtung der sächsischen Familienpolitik (Drs. 7/6709)
- Familien in der Corona-Krise finanziell entlasten (Drs. 7/2974)
- Einführung eines sächsischen Baukindergeldes (Drs. 7/6440)
- Einführung eines Begrüßungsgeldes anlässlich der Geburt eines Kindes (Drs. 7/6439)
- Schutz des ungeborenen Lebens sicherstellen – Online- und Telefonberatungsangebote der Schwangerschaftskonfliktberatung auf den Prüfstand stellen (Drs. 7/3667)



2. Pflege ist MehrWert!

Die Anzahl der Pflegebedürftigen wird zukünftig stark steigen. Bereits jetzt ist die Situation in der professionellen Pflege gekennzeichnet von einem Mangel an Personal, aber auch von ständig steigenden Eigenanteilen, welche die finanzielle Leistungsfähigkeit der Pflegebedürftigen übersteigen. Beides wird sich künftig weiter verschärfen. An erster Stelle muss das Wohl aller Pflegebedürftigen stehen. Wir wollen daher neue Wege gehen, um den Pflegebedürftigen heute und in Zukunft eine hochwertige, umfassende und bezahlbare Betreuung sowie pflegerische Versorgung zukommen zu lassen.

Häusliche Versorgung stärken

Die wenigsten Menschen möchten gerne in einer stationären Pflegeeinrichtung leben. Oft besteht jedoch auch keine Möglichkeit, sich im vertrauten Umfeld des eigenen Zuhauses pflegen und betreuen zu lassen. Es bedarf daher starker Unterstützungsstrukturen für die ambulante Versorgung von Pflegebedürftigen durch ihre Angehörigen oder durch Unterstützung ambulanter Dienste. Eine kleinteilige familienähnliche Betreuung können auch alternative Pflegestrukturen leisten.

Wir wollen daher durch folgende Maßnahmen die Angehörigenpflege und die häusliche Versorgung stärken:

- Angleichung des Pflegegeldes auf die Höhe des Pflegesachleistungsanspruches auf Bundesebene und bis dahin auf Landesebene Einführung eines Landespflegefördergeldes in gleicher Höhe
- Einführung eines Landespflegefördergeldgesetzes, durch welches das Pflegegeld auf die Höhe des Sachleistungsanspruches angehoben wird
- Entlastungsangebote für pflegende Angehörigen wie z. B. Anspruch auf eine jährliche Kur und der Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen
- Bedarfsgerechter Ausbau alternativer Pflegewohnformen wie Betreutes Wohnen, Service-Wohnen oder Pflege-Wohngemeinschaften
- Senkung der Eigenanteile professioneller Pflege durch Übernahme der Investitionskosten der Einrichtungen durch den Freistaat Sachsen
- Sicherung der Trägervielfalt und der Pflegequalität durch stärkere qualitätsorientierte Vergütung

Pflegeberuf attraktiver machen

Auch die professionellen Pflegekräfte sind überdurchschnittlich hohen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Der überwiegende Teil ist in Teilzeit tätig; viele steigen vorzeitig aus dem Beruf aus. Durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen wollen wir die Attraktivität des Berufsfeldes Pflege erhöhen und dadurch den Fachkräftebedarf sichern:

- Absenkung der Personalschlüssel für die stationäre Pflege
- Verbesserung der Personalsituation in Nachtdiensten stationärer Pflegeeinrichtungen
- Erhöhung der durch den Freistaat Sachsen geförderten Plätze für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in der Pflege zur Begeisterung zukünftiger Pflegekräfte für Pflegeberufe

Pflegepolitische Initiativen der AfD-Fraktion:

- Attraktivität von Freiwilligendiensten steigern (Drs. 7/1514)
- Stärkung der Angehörigenpflege (Drs. 7/5242)
- Einführung eines Landespflegefördergeldes (Drs. 6/14750 und Drs. 7/6443)





3. Gesundheit ist Gemeinwohl!

Wir wollen für alle Sachsen gleichermaßen eine wohnortnahe und hochwertige ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung sichern. Dies Ziel lässt sich jedoch nur erreichen, wenn die Gemeinwohlorientierung wieder oberste Maxime politischen Handelns wird. So darf es zum Beispiel nicht zur weiteren Schließung von Krankenhausabteilungen aus rein wirtschaftlichen Gründen kommen, wie es in der Vergangenheit für viele Entbindungsstationen der Fall war.

Krankenhäuser auskömmlich finanzieren

Der Freistaat Sachsen muss seiner Verantwortung zur auskömmlichen Investitionskostenförderung der Krankenhäuser nachkommen, um die wirtschaftliche Lage der Kliniken zu verbessern.

Daher fordern wir:

- Erreichbarkeit von Kliniken gesetzlich garantieren
- Investitionskostenförderung der Kliniken deutlich aufstocken
- Reguläre Beteiligung des Bundes an der Investitionskostenfinanzierung der Kliniken
- Abkehr von der Fallpauschalen-Finanzierung der Kliniken

Ambulante Gesundheitsversorgung stärken

Die ambulante Gesundheitsversorgung ist derzeit von langen Wegen und Wartezeiten geprägt. Wir wollen daher dem Fachkräftemangel in den Gesundheits- und Arztberufen begegnen und die Gesundheitsversorgung auch durch innovative Versorgungsmodelle unterstützen.

- Bevorzugte Vergabe von Medizinstudienplätze an zukünftige Landärzte (Landarztgesetz)
- Telemedizin weiter ausbauen und sinnvolle, die Behandlung ergänzende, digitale Kontaktmöglichkeiten erweitern
- Stärkung der sektorenübergreifenden Versorgung und der Kooperation der verschiedenen Gesundheitsfachberufe
- Ausbau innovativer Versorgungsmodelle wie Arztbusse, Patiententaxis und arztentlastende „Gemeindeschwestern“



Gesundheitspolitische Initiativen der AfD-Fraktion:

- Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Vergütungsformen ärztlicher Leistungen – Attraktivität des Arztberufes durch Überwindung der Budgetierung und Abschaffung der Regresse stärken (Drs. 7/1610)
- Ausweitung der Förderung der freiberuflichen Hebammentätigkeit (Drs. 7/6446)
- Wohnortnahe stationäre Gesundheitsversorgung sichern – Krankenhäuser auskömmlich finanzieren (Drs. 6/12896 und Drs. 7/6445)
- Sächsisches Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs (Sächsisches Landarztgesetz – SächsLAG) (Drs. 7/1941)



4. Sozial ohne „rot“ zu werden

In vielen Bereichen der Sozialpolitik erfolgt eine allzu geringe Wertschätzung der Lebens- und Arbeitsleistung unserer Bürger – sei es im Hinblick auf Minirenten trotz langjähriger Berufstätigkeit, auf Sozialhilfen, die die vorherigen Leistungen für die Gesellschaft nicht berücksichtigen, oder auf die drohende Überlastung unserer Sozialkassen durch Missbrauch und ungeregelte Massenmigration.

Der größte Verlierer dieser Entwicklungen ist die die Hauptabgabenlast tragende Mittelschicht; es drohen sozialer Abstieg und Armut.

Daher fordern wir:

- Umbau von ALG II (Hartz IV) hin zu einer aktivierenden Grundsicherung
- Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I und höhere Freigrenzen für Vermögen beim Bezug von ALG II (Hartz IV)
- Verbesserung des Gesamteinkommens von Bürgern mit niedrigen Renten dadurch, dass grundsätzlich 25 % der Altersrente nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden
- Anrechnungsfreier Rentenaufschlag von 10 Euro pro Monat je Erwerbsjahr und stärkere Berücksichtigung von Pflege- und Kindererziehungszeiten
- Anerkennung von DDR-Rentenansprüchen
- Keine Zahlung von Kindergeld ins Ausland
- geregelte Fachkräftezuwanderung für Mangelberufe

Ideologiefreie Politik für benachteiligte Menschen

Unser Ziel ist zudem eine ideologiefreie Politik für benachteiligte Menschen, seien es Obdach- oder Wohnungslose, Hör- und Sehgeschädigte oder Menschen mit Behinderungen. Wir wollen Betroffenen die Hilfe zukommen lassen, die tatsächlich Benachteiligungen überwindet oder ausgleicht.



Daher fordern wir:

- Erhöhung und Dynamisierung der Nachteilsausgleiche nach dem Landesblindengeldgesetz
- Sicherstellung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie deren Überwindung durch Vernetzung vorhandener Angebote und den Ausbau bewährter Hilfen
- Erhöhung des Beschäftigungsumfanges von Menschen mit Behinderungen durch bessere Anreize für Unternehmen, wie z. B. durch Honorierung der Übererfüllung der Beschäftigungspflicht von Arbeitgebern



Sozialpolitische Initiativen der AfD-Fraktion:

- Erhöhung des Landesblindengeldes und weiterer Nachteilsausgleiche (Drs. 7/6442 und 7/6516)
- Jedem Schüler endlich eine warme und gesunde Mahlzeit ermöglichen – kostenfreies Schulessen an sächsischen Schulen einführen! (Drs 6/6903)
- Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme unterbinden – Sperrfrist zum Bezug von Sozialleistungen einrichten (Drs 6/17642)
- Verbesserung des Schutzes und der Hilfen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt – Beratungs- und Schutzeinrichtungen stärken (Drs 6/4856)
- Kostenfreies WLAN für wohnungslose Hilfsbedürftige (Drs 6/8183)
- Hilfe für die Lebenshelfer – Einrichtungen der Telefonseelsorge während der Corona-Krise unterstützen (Drs 7/2744)

Bildnachweise

Illustration Seite 6: pch.vector / freepik.com
Illustration Seite 8,12: redgreystock / freepik.com
Illustration Seite 10: macrovector/freepik.com

Mitglieder des Arbeitskreises Soziales und Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Doreen Schwietzer

Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik



André Wendt

Sprecher für Verbraucherschutz



Dr. Rolf Weigand



Frank Schaufel

Gesundheitspolitischer Sprecher



Jörg Dornau



Thomas Prantl

Sprecher für Tierschutz



Gudrun Petzold

Sprecherin für Senioren- und Behindertenpolitik



Martina Jost

Gesellschaftspolitische Sprecherin

Herausgeber:

AfD Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

V.i.S.d.P.: Bernd Lommel
Fraktionsgeschäftsführer


FRAKTIONSACHSEN
AfD